04.03.2016

6. Änderung Flächennutzungsplan der Stadt Vetschau/ Spreewald für den OT Ogrosen für den Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 02/2013 „Entwicklung Betriebsstandort – Alter Laasower Weg“ im Parallelverfahren gem. § 8 (3) BauGB

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden
 Anschreiben vom 20.11.2015
 Stellungnahmen + Abwägung

ABWÄGUNGSVORLAGE – ANLAGE ZUM ABWÄGUNGSBESCHLUSS

Beteiligung der Nachbargemeinden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 2 (2) und § 4 (2) BauGB sowie der Bürger/ Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB zur Offenlage 1. Entwurf

Träger öffentlicher Belange		
- vorgebrachte Bedenken und Hinweise (Inhalt der Stellungnahme)	- Behandlung der Bedenken und Hinweise (Abwägung)	
Abstimmungsergebnis:		
..... Ja-Stimmen	 Nein-Stimmen	 Enthaltungen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/ Spreewald hat die zum 1. Entwurf eingegangenen Stellungnahmen entsprechend nachfolgender Tabelle geprüft, behandelt und gemäß § 1 (7) BauGB **abgewogen**. Die vorgebrachten Bedenken, Einwände und Hinweise werden im Einzelnen **wie folgt behandelt**:

01 - Landkreis Oberspreewald- Lausitz Stellungnahme vom 18.12.2015 und vom 03.03.2016	
<p>Untere Denkmalbehörde</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verweis auf Stellungnahme vom 31.03.2015 <p>Untere Bauaufsichtsbehörde</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Hinweis auf die Notwendigkeit der Einhaltung der Belange des Immissionsschutzes <p>Rechtliche Bauaufsicht/ Kreisplanung</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Änderung des FNP soll zugunsten einer gewerblichen Fläche erfolgen. Auf den Bezug zum konkreten Vorhaben des VBP ist zu verzichten, um ein Änderungsverfahren FNP bei einer Änderung des Vorhabenträgers (und ggf. des VBP) zu vermeiden. ▪ Auf Erläuterungen zur Genehmigungsfreiheit des VBP sollte im FNP/ Landschaftsplan verzichtet werden. ▪ Die Aussagen zum Immissionsschutz sind hinsichtlich von Wohnnutzungen innerhalb benachbarter Mischbauflächen zu prüfen. <p>Untere Naturschutzbehörde</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Für das Vorhabengebiet (Änderungsbereich FNP) ist zu prüfen, ob Verbotstatbestände der Gehölzschutzverordnung im Plangebiet betroffen sein können. Sofern dies so ist, bedarf es einer Inaussichtstellung/ Zusicherung von Ausnahmen seitens der uNB. ▪ Die Inaussichtstellung zu Ausnahmen vom Gehölzschutz erfolgte seitens der uNB mit Schreiben/ Entscheidung vom 03.03.2016. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Alle Hinweise aus der Stellungnahme vom 31.03.2015 wurden in den Planentwurf (Stand August 2015) eingearbeitet. ▪ Eine Planänderung ist nicht erforderlich. ▪ Die Belange finden Berücksichtigung. Im Hinblick auf die allgemeine gewerbliche Nutzung unabhängig vom nachgeordneten VBP werden die Hinweise zum Immissionsschutz ergänzt. ▪ Die Planbegründung ist zu ergänzen. ▪ Den Hinweisen wird gefolgt. ▪ Planbegründung und Projektblatt zum Landschaftsplan sind anzupassen. ▪ Dem Hinweis wird gefolgt. ▪ Planbegründung und Projektblatt zum Landschaftsplan sind anzupassen. ▪ Die Aussagen hinsichtlich des Immissionsschutzes werden ergänzt. ▪ Die Planbegründung ist zu ergänzen. ▪ Es sind geschützte Gehölze betroffen. Vor Abwägung und Erarbeitung der Satzungsfassung wird ein Antrag auf Inaussichtstellung zu Ausnahmen vom Gehölzschutz gestellt. ▪ Antrag gestellt am 25.02.2016. ▪ Mit nebenstehender Bestätigung der uNB gelten die in der Stellungnahme vom 18.12.2015 erhobenen Vorbehalte als ausgeräumt. <p>Beschluss:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Planbegründung und Projektblatt Landschaftsplan sind zu ergänzen. ▪ Die vorzunehmenden Ergänzungen werden bewertet als nicht offenlagerelevant im Sinne von § 4a (3) BauGB. Eine erneute Offenlage nach § 3 (2) BauGB und Behördenbeteiligung nach § 4 (2) BauGB ist nicht erforderlich.
Abstimmungsergebnis:	
..... Ja-Stimmen	 Nein-Stimmen
	 Enthaltungen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vetschau/ Spreewald hat die zum 1. Entwurf eingegangenen Stellungnahmen entsprechend nachfolgender Tabelle geprüft, behandelt und gemäß § 1 (7) BauGB **abgewogen**. Die vorgebrachten Bedenken, Einwände und Hinweise werden im Einzelnen **wie folgt behandelt**:

20 – Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR Stellungnahme vom 14.12.2015		
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Hinweise zu Fortpflanzungs- und Ruhestätten geschützter Tierarten, zur Erfassung geschützter Arten, zu Schutz-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ▪ Hinweise zur Notwendigkeit einer Eingriffs- und Ausgleichsbilanz ▪ Hinweise auf Baumschutzregelungen ▪ Als Ausgleichsmaßnahme wird die Aufwertung der teilerntfähigen Streuobstwiese im Schlosspark Ogrosen vorgeschlagen. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Hinweise zum konkreten nachgeordneten Verfahren VBP sind nicht Gegenstand der Änderung des FNP. ▪ Die nebenstehend genannten Belange werden für eine allgemeine gewerbliche Nutzung behandelt. ▪ Eine Eingriffs- und Ausgleichsbilanz sowie die Festlegung konkreter Ausgleichsmaßnahmen erfolgt im Verfahren zur Änderung FNP nicht. 	<p>Beschluss:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Eine Planergänzung/ Planänderung ist nicht erforderlich.
Abstimmungsergebnis:		
..... Ja-Stimmen	 Nein-Stimmen	 Enthaltungen

Durch die Öffentlichkeit und beteiligte Träger öffentlicher Belange gingen weitere Stellungnahmen ein. Diese Stellungnahmen ohne Einwände bzw. mit nicht abwägungsrelevanten Inhalten bedürfen nicht der Einbeziehung in die Abwägungsvorlage und den Abwägungsbeschluss.

Die Liste dieser Stellungnahmen und der Stellen, die keine Stellungnahme abgegeben haben, ist informativ beigefügt und bedarf nur der Kenntnisnahme.

Liste der Stellungnahmen zum Planentwurf

ohne Einwände bzw. mit nicht abwägungsrelevanten Inhalten

- 02 - MIL/ SenStadt, Gemeinsame Landesplanungsabteilung, Referat GL 4
- 04 - Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
- 05 - Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung
- 09 - Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg
- 10 - LMBV Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbauverwaltungs-gesellschaft mbH
- 13 - Landesbetrieb Straßenwesen, Hauptsitz Cottbus
- 14 - Landesamt für Bauen und Verkehr, Außenstelle Cottbus
- 15 – Deutsche Bahn AG – DB Immobilien
- 16 - Zentraldienst der Polizei des Landes Bbg, Kampfmittelbeseitigungsdienst
- 17 – Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
- 19 - Industrie- und Handelskammer Cottbus
- 21 - Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen
- 24 - Bundesanstalt für Immobilienaufgaben

- V 1 – WAC, Wasser- und Abwasserzweckverband Calau
- V 2 - MITNETZ, Envia- Gruppe
- V 3 - SÜLL Stadt- und Überlandwerke GmbH Luckau- Lübbenau
- V 4 - NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg (für SpreeGas AG)
- V 6 - GDMcom/ VNG

- N 2 - Amt Burg/ Spreewald
- N 4 - Stadt Drebkau/ Niederlausitz

Liste der Nachbargemeinden und Träger öffentlicher Belange, die keine Stellungnahme zum Planentwurf abgegeben haben

- 03 - Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz- Spreewald
- 06 - Landesbetrieb Forst Brandenburg, untere Forstbehörde
- 07 – Wasser- und Bodenverband „Oberland Calau“
- 08 - Biosphärenreservat Spreewald
- 11 - Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Abt. Bodendenkmalpflege/ Außenstelle Cottbus
- 12 - Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Abt. Denkmalpflege
- 18 - Handwerkskammer Cottbus
- 22 - Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH (BVVG)
- 23 - Brandenburgische Boden- Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und –verwertung mbH
- 26 - Bischöfliches Ordinariat Berlin-Brandenburg, Bau- und Gebäudemanagement
- 27 - Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, schlesische Oberlausitz

- V 5 - Deutsche Telekom Technik GmbH
- V 7 - Kommunaler Abfallentsorgungsverband KAEV “Niederlausitz”

- N 1 - Stadt Lübbenau/ Spreewald
- N 3 - Gemeinde Kolkwitz
- N 5 - Amt Altdöbern
- N 6 - Stadt Calau

Liste der Nachbargemeinden und Träger öffentlicher Belange, die auf Grund fehlender Betroffenheit nicht beteiligt wurden

- 25 - Deutsche Post Real Estate Germany GmbH